

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

jedes Jahr sterben in Deutschland 1.000 Menschen, die auf ein Spenderorgan gehofft hatten. Rund 10.000 Patienten stehen auf der Warteliste. Hinter diesen Zahlen stecken oft sehr bewegende Schicksale, denn alle diese Menschen bangen jeden Tag um ihr Leben. Deshalb haben wir die Bayerische Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert zu prüfen, welche Strukturveränderungen nötig sind, um die **Organspendebereitschaft in Deutschland weiter zu erhöhen**. Zwar sind auf Bundesebene zwei Lösungsvorschläge vorgelegt worden. Doch nachdem der Gesetzentwurf zur doppelten Widerspruchslösung im Bundestag keine Mehrheit gefunden hat und stattdessen dem Vorschlag zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft zugestimmt worden ist, müssen wir uns in Bayern die Frage stellen, wie wir mehr Menschen für diese wichtige Solidarbereitschaft gewinnen können – parallel zu den Maßnahmen des Bundes.



Wir wollen auch mit Vorurteilen aufräumen und die Bevölkerung über Ablauf, Aufsichts- und Kontrollmechanismen einer Organspende besser informieren. Niemand soll Angst vor einer möglichen Organspende haben. Wir FREIE WÄHLER wollen vielmehr deren positive Wirkung für schwerkranke

Menschen in den Vordergrund rücken. Denn eine repräsentative Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zeigt: 84 Prozent der Menschen in Deutschland stehen einer Organ- und Gewebespende positiv gegenüber. Deshalb sind wir zuversichtlich, dass wir die Organspendebereitschaft im Freistaat durch intensivierete Information und Aufklärung weiter deutlich erhöhen werden.

Beschäftigt haben wir uns diese Woche außerdem mit folgenden Themen:

- Maßnahmen gegen Mobbing unter Schülern
- Freie Fahrt im ÖPNV für Angehörige von Blaulichtorganisationen
- Umgang mit 5G-Netzwerkausrüstern wie Huawei

R ü c k b l i c k

Mobbing an Bayerns Schulen ist ein wachsendes Problem: Rechnerisch leidet **ein Kind pro Klasse** unter den Folgen systematischer Schikanen seiner Mitschülerinnen und Mitschüler. Das haben wir FREIE WÄHLER zum Anlass genommen, in einem Antrag zum Landtagsbildungsausschuss „**feste, verlässliche Unterstützung der Schulen für die wirksame Bekämpfung von Mobbing**“ zu fordern. Das fiese Verhalten tritt vor allem an weiterführenden Schulen auf – kein neues Phänomen. Doch es hat sich gezeigt, dass nur Prävention wirklich hilft, um ein Kind sicher vor Isolation, sozialer Ausgrenzung oder gar gewalttätigen Übergriffen zu schützen. Lösungsstrategien müssen auf den individuellen Fall ausgerichtet sein, den Opferschutz in den Vordergrund stellen und nach Möglichkeit immer die gesamte Klasse umfassen. Wir wollen auch mehr Hilfe für Schulleitungen und Lehrkräfte sowie zusätzliche schulische Ansprechpartner für die Kinder zur Verfügung stellen. So hilft uns Kultusminister Michael Piazolo im Rahmen des Programms ‚Schule öffnet sich‘ unter anderem mit der Bereitstellung von **weiteren 500 Stellen für Schulpsychologen und Schulsozialpädagogen**.



Freie Fahrt für **uniformierte Kräfte** von Blaulichtorganisationen: Das hatten wir Anfang Januar bei unserer Klausur in Schwandorf gefordert – nur zwei Wochen später wurde die Resolution nun vom Ministerrat angenommen. Wie Polizisten sowie Angehörige der Bundeswehr können damit vielleicht bald auch **uniformierte Mitarbeiter von THW, Freiwilliger Feuerwehr und vielen weiteren Ehrenamtlichen der Blaulichtfamilie kostenlos in Bussen und Bahnen des Freistaats mitfahren**. Dies soll nun rasch geprüft werden.

Wir können uns nicht erinnern, dass eine politische Initiative unserer Fraktion jemals so schnell vom Koalitionspartner angenommen und vom Kabinett gebilligt wurde. Es wäre ein fantastisches Signal an die vielen Menschen, die sich in Blaulichtgruppen für mehr Sicherheit in Bayern engagieren – zu unser aller Wohl. Und es zeigt, wie gut die Zusammenarbeit der orange-schwarzen Koalition funktioniert. Vor zehn Jahren hatte das Bayerische Innenministerium mit hiesigen Verkehrsunternehmen die Vereinbarung getroffen, dass uniformierte Polizistinnen und Polizisten der Landes- und Bundespolizei alle öffentlichen Verkehrsmittel in Bayern kostenlos nutzen dürfen. Im Gegenzug greifen die Beamten bei Konflikt- und Notsituationen ein – oftmals außerhalb ihres Dienstes. Dies führt zu einem **subjektiv besseren Sicherheitsgefühl aller Fahrgäste** und es zeigt Angehörigen von Blaulichtorganisationen hoffentlich schon bald, wie sehr wir ihr Engagement zu schätzen wissen.



Wie gehen wir beim Aufbau des nächsten Mobilfunkstandards 5G mit Netzwerkausrüstern wie dem chinesischen Staatskonzern Huawei um? Wie lassen sich einerseits **Spionage und Sabotage verhindern**, andererseits das dringend benötigte Netz **kostengünstig und schnell aufbauen**? Dazu hat die Europäische Kommission in der vergangenen Woche klar definierte Handlungsvorschläge herausgegeben – was die Wankelmütigkeit der Bundesregierung einmal mehr sichtbar macht. Wir FREIE WÄHLER vertreten

den Standpunkt, dass wir gerade beim Aufbau systemrelevanter Infrastruktur wie dem Mobilfunknetz – mit 5G auch Grundlage des autonomen Fahrens – einen Grundsatz brauchen. Und der lautet: ‚Europe First‘. Bayern will die innovative Federführung bei 5G, unsere Ziele sind grenzübergreifend und ambitioniert. **Einfallstore für digitale Spionage und Sabotage können wir uns nicht leisten.** Entsprechend groß muss auch der Spielraum der Mitgliedstaaten sein: Wer will, kann künftig einzelne Anbieter aus sicherheitsrelevanten Gründen ausschließen – das sollte jetzt auch die klare Position der deutschen Kanzlerin und ihres Wirtschaftsministers werden.

R ü c k b l i c k

Am 4. Februar stellen wir im Bayerischen Landtag gemeinsam mit unserem Koalitionspartner die **Fraktionsinitiativen zum Nachtragshaushalt** vor. Da geht's um viel Geld, das wir wie immer zum Wohle der Bürger Bayerns aufwenden. Lasst Euch überraschen, welche Schwerpunkte wir diesmal setzen. [HIER \[KLICK!\]](#) könnt Ihr bei unserer Pressekonferenz aus dem Maximilianeum LIVE zuschauen: Dienstag ab 10.30 Uhr.

Impressum

Abgeordnetenbüro:

Hintere Marktstraße 13,
92436 Bruck i. d. Oberpfalz
Telefon: 09434 / 901513
Telefax: 09434 / 901514
Email: joachim.hanisch@fw-landtag.de
Web: www.joachim-hanisch.de